

Steuerrundschau

Februar 2020

INHALTSVERZEICHNIS

1.	<u>STEUERLICHE NEUERUNGEN AB 2020</u>	2
1.1	NEUES BEI DER EINKOMMENSTEUER	2
1.2	NEUES BEI DER KÖRPERSCHAFTSTEUER - UMGRÜNDUNGEN	3
1.3	DIGITALSTEUERGESETZ 2020 (DiStG 2020)	4
1.4	EU-MELDEPFLICHTGESETZ (EU-MPFG)	4
1.5	NEUERUNGEN BEI DER UMSATZSTEUER	4
1.6	NEUERUNGEN IN DER BUNDESABGABENORDNUNG (BAO)	6
1.7	ÄNDERUNGEN IM FINANZSTRAFGESETZ	7
2.	<u>WAS ÄNDERT SICH IN DER LOHNVERRECHNUNG 2020?</u>	8
2.1	ÄNDERUNGEN IN DER SOZIALVERSICHERUNG	8
2.2	SACHBEZUGSWERTE FÜR DIENSTWOHNUNGEN AB 1. JÄNNER 2020	8
2.3	PRIVATNUTZUNG DES ARBEITGEBEREIGENEN KFZ ODER FAHRRADS	8
2.4	TARIFBESTIMMUNGEN	9
2.5	AUßERGEWÖHNLICHE BELASTUNG	10
2.6	NÜTZLICHE ÜBERSICHT VON LOHNVERRECHNUNGSWERTEN	11
2.7	SONSTIGE NEUERUNGEN	11
3.	<u>WICHTIGE TERMINE FÜR FEBRUAR UND MÄRZ</u>	12
4.	<u>SOZIALVERSICHERUNGSWERTE FÜR 2020 DIENSTNEHMER (ASVG)</u>	14
5.	<u>E-ZUSTELLUNG MIT 1. JÄNNER 2020</u>	18



1. Steuerliche Neuerungen ab 2020

1.1 Neues bei der Einkommensteuer

Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf EUR 800

Mit Wirkung für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2019 beginnen, wurde der Grenzbetrag für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern auf EUR 800 erhöht. Ist der Unternehmer zum Vorsteuerabzug berechtigt, ist dieser Grenzbetrag netto zu verstehen. Bei mangelndem Vorsteuerabzug versteht sich der Grenzbetrag brutto (inkl. Umsatzsteuer). Im Bereich der Werbungskosten gilt der erhöhte Betrag erstmals für die Veranlagung 2020.

Neue pauschale Gewinnermittlung für Kleinunternehmer

Die neue pauschale Gewinnermittlung kann von Einnahmen-Ausgaben-Rechnern für Einkünfte **aus selbständiger Arbeit oder gewerblicher Tätigkeit** in Anspruch genommen werden. Ausgenommen sind aber Gesellschafter-Geschäftsführer, Aufsichtsräte und Stiftungsvorstände.

Voraussetzung ist, dass die **Umsätze** eines Kalenderjahres aus allen Betrieben zusammen **nicht mehr als EUR 35.000** betragen. Umsätze aus Entnahmen bleiben unberücksichtigt. Wenn die Umsätze eines Jahres nicht mehr als EUR 40.000 betragen, kann die Pauschalierung trotzdem angewandt werden, wenn der Umsatz im Vorjahr die Grenze von EUR 35.000 nicht überschritten hat.

Diese Kleinunternehmer können die **Betriebsausgaben pauschal mit 45 %** bzw. bei **Dienstleistungsbetrieben mit 20 % des Nettoumsatzes** ansetzen. Bei gemischten Betrieben ist für die Anwendung des Pauschalsatzes die Tätigkeit maßgeblich, aus der der höhere Umsatz stammt. Daneben können nur mehr Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Der Gewinngrundfreibetrag steht ebenfalls zu. Bei **Mitunternehmerschaften** sind die Umsätze der Mitunternehmerschaft maßgeblich. Die pauschale Gewinnermittlung kann nur einheitlich in Anspruch genommen werden. Keiner der Mitunternehmer darf außerhalb der Mitunternehmerschaft für einen anderen Betrieb oder für eine Beteiligung an einer anderen Mitunternehmerschaft die Pauschalierung in Anspruch nehmen. Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben der einzelnen Mitunternehmer sind beim jeweiligen Mitunternehmer in tatsächlicher Höhe zu berücksichtigen.

Wird von der pauschalen Gewinnermittlung freiwillig auf eine andere Form der Gewinnermittlung übergegangen, kann erst nach Ablauf von drei Jahren die pauschale Gewinnermittlung wieder in Anspruch genommen werden.

Sonstige Neuerungen

Adaptierung der Zuschreibungsverpflichtung

Im Jahresabschluss müssen (auch steuerlich wirksame) Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der ursprünglichen Anschaffungskosten vorgenommen werden, wenn die Gründe, die für eine frühere außerordentliche Abschreibung ausschlaggebend waren, weggefallen sind. Um zu verhindern, dass Zuschreibungen gezielt durch Umgründungen

vermieden werden, wurde § 6 Z 13 EStG geändert, sodass **bei Vorliegen einer entsprechenden Werterholung steuerlich stets eine Zuschreibung** bis zu den ursprünglichen vor der Umgründung maßgeblichen Anschaffungskosten vorzunehmen ist. Die Regelung ist erstmals für Zuschreibungen nach Umgründungen anzuwenden, die nach dem 30. April 2019 beschlossen oder vertraglich unterfertigt wurden.

Festlegung der Tätigkeit von Vertretungsärzten als Freiberufler

Um alle Zweifel zu beseitigen, wurden nun Vertretungsärzte (gemäß § 47a Abs. 4 Ärztegesetz) in den Katalog der Freiberufler des EStG aufgenommen. Diese Tätigkeit soll nach den erläuternden Bemerkungen stets eine freiberufliche sein und damit auch keine Pflichtversicherung nach dem ASVG begründen können.

Verlängerung der Beibehaltung der Zuschreibungsrücklage

Die bestimmten **Kreditinstituten** eingeräumte Möglichkeit, die im Geschäftsjahr 2016 aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen gebildete Zuschreibungsrücklage fortzuführen, wurde nunmehr bis zur Veranlagung 2020 erstreckt. Ab der Veranlagung 2021 ist diese Zuschreibungsrücklage jährlich um ein Fünftel steuerwirksam aufzulösen.

1.2 Neues bei der Körperschaftsteuer - Umgründungen

Sondervorschriften für hybride Gestaltungen

Die neu geschaffene Sonderbestimmung des § 14 KStG regelt, wie sogenannte „**Steuerdiskrepanzen**“, die aus einer hybriden Gestaltung resultieren, steuerlich wieder zu neutralisieren sind. Steuerdiskrepanzen können sich daraus ergeben, wenn

- Aufwendungen in einem Staat abzugsfähig sind und die korrespondierenden Erträge in keinem anderen Staat steuerlich erfasst werden
- dieselben Aufwendungen in mehr als einem Staat doppelt abzugsfähig sind

Eine derartige Steuerdiskrepanz soll aber nur dann zu steuerlichen Konsequenzen führen, wenn die **hybride Gestaltung zwischen verbundenen Unternehmen bzw. in Verbindung mit Betriebsstätten eingesetzt wird** oder es liegt eine strukturierte Gestaltung zwischen fremden Unternehmen vor, bei der - vereinfacht ausgedrückt - die beteiligten Gesellschaften am Steuervorteil beteiligt werden.

Die Steuerdiskrepanz soll in erster Linie dadurch neutralisiert werden, dass die Aufwendungen im Inland nicht abgezogen werden können.

Mit dieser Sonderbestimmung, die mit 1. Jänner 2020 in Kraft getreten ist, wird die **Anti-Tax-Avoidance-Directive (ATAD II)** umgesetzt. Die bereits jetzt bestehenden Bestimmungen im Körperschaftsteuerrecht, die bestimmte Gestaltungen bei hybriden Finanzinstrumenten durch ein Abzugsverbot der Aufwendungen oder eine steuerpflichtige Erfassung von Beteiligungserträgen neutralisieren, bleiben daneben aber bestehen.

Exporthinbringung von Kapitalanteilen

Der **persönliche Anwendungsbereich** für einen Steueraufschub bei Exporthinbringung von Kapitalanteilen (Anteilstausch) wird auf natürliche Personen und beschränkt Steuerpflichtige **erweitert**. Als übernehmende Körperschaften können zusätzlich zu EU-Gesellschaften im EWR ansässige Gesellschaften fungieren. Diese durch die Judikatur des EuGHs ausgelösten Änderungen sind erstmals auf Einbringungen, die nach dem 31. Dezember 2019 beschlossen werden, anzuwenden.

1.3 Digitalsteuergesetz 2020 (DiStG 2020)

Für Onlinewerbeleistungen international tätiger **Onlinewerbeleister im Inland**, die nach dem 31. Dezember 2019 erbracht werden, wird eine **5%ige Digitalsteuer vom Entgelt für die Onlinewerbung** geschuldet. Onlinewerbeleister sind Unternehmen, die einen weltweiten Umsatz von zumindest EUR 750 Mio. und im Inland einen Umsatz von zumindest EUR 25 Mio. aus der Durchführung von Onlinewerbeleistungen erzielen. Bei multinationalen Unternehmensgruppen ist auf den Umsatz der Gruppe abzustellen. Die Steuerschuld entsteht mit Ablauf des Monats, in dem die steuerpflichtige Onlinewerbung erbracht wurde. Der Steuerschuldner hat die Steuer selbst zu berechnen und bis zum 15. des zweitfolgenden Monats nach Entstehen der Steuerschuld an das für die Erhebung der Umsatzsteuer zuständige Finanzamt abzuführen.

1.4 EU-Meldepflichtgesetz (EU-MPfG)

Das EU-MPfG wird **mit 1. Juli 2020** in Kraft treten und enthält eine **Pflicht zur Meldung von bestimmten grenzüberschreitenden Gestaltungen an die österreichischen Finanzbehörden**, und zwar von Gestaltungen, die zumindest zwei EU-Mitgliedstaaten oder einen EU-Mitgliedstaat und ein Drittland umfassen und auf ein Risiko der Steuervermeidung, der Umgehung des gemeinsamen Meldestandard-Gesetzes oder der Verhinderung der Identifizierung des wirtschaftlichen Eigentümers hindeuten (etwa eine intransparente Kette an rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentümern, Verrechnungspreisgestaltungen mit „schwer zu bewertenden immateriellen Vermögenswerten“, zirkuläre Vermögensverschiebungen mithilfe von zwischengeschalteten Unternehmen ohne primäre wirtschaftliche Funktion).

1.5 Neuerungen bei der Umsatzsteuer

Kleinunternehmerregelung

Die Umsatzgrenze für Kleinunternehmer wurde von bisher EUR 30.000 **auf EUR 35.000** erhöht. Damit wurde die nach EU-Recht maximal mögliche Kleinunternehmergrenze ausgeschöpft. Auch für die neue Kleinunternehmergrenze wird die bisherige Rechtsprechung des VwGH, wonach sie ohne fiktiven Ansatz der darauf entfallenden Umsatzsteuer zu betrachten ist, weiterhin gelten (siehe auch Rz 995ff UStR). Gleichzeitig wurde die Grenze, bis zu der Kleinunternehmer von der Abgabe einer Umsatzsteuererklärung befreit sind, auf EUR 35.000 erhöht.

Vorsteuerabzug für E-Bikes

Für Krafträder mit einem CO₂-Emissionswert von 0 Gramm pro Kilometer (z.B. Motorfahrräder, Motorräder mit Beiwagen, Quads, Elektrofahrräder und Selbstbalance-Roller mit ausschließlich elektrischem oder elektrohydraulischem Antrieb) ist ab 1. Jänner 2020 nun der Vorsteuerabzug möglich.

Steuersatz für E-Books

Für elektronische Publikationen iSd Anlage 1 Z 33 UStG, die nicht vollständig oder im Wesentlichen aus Video- oder Musikinhalten bestehen bzw. Werbezwecken dienen, wurde der Umsatzsteuersatz auf 10 % gesenkt.

Reihengeschäfte

Für die Beurteilung von Reihengeschäften bzw. **Zuordnung der bewegten Lieferung** ist ab 2020 eine EU-weit einheitliche Regelung vorgesehen. Demnach liegt ein Reihengeschäft vor, wenn dieselben Gegenstände nacheinander geliefert werden und diese Gegenstände unmittelbar vom ersten Lieferer bis zum letzten Abnehmer (Empfänger) in der Reihe befördert oder versandt werden. Für die Frage, wer die Gegenstände versendet oder befördert, ist in unionsrechtskonformer Interpretation grundsätzlich darauf abzustellen, **auf wessen Rechnung die Versendung oder Beförderung passiert**. Beauftragt allerdings ein Unternehmer eine andere Person in der Reihe, die Gegenstände auf Rechnung des Unternehmers zu befördern oder zu versenden, ist die Beförderung oder Versendung der beauftragten Person zuzuschreiben.

Konsignationslager

Das sind Lager, die ein Verkäufer in einem anderen Mitgliedstaat unterhält und aus dem Käufer bei Bedarf Waren entnehmen. Der Käufer wird erst im Zeitpunkt der Entnahme Eigentümer der Waren. Nach bisheriger Rechtslage führte die Einlagerung im Konsignationslager zu einem innergemeinschaftlichen Verbringen durch den Verkäufer und die anschließende Entnahme zu einem steuerpflichtigen Umsatz in dem Mitgliedstaat, in dem das Konsignationslager lag. Seit 1. Jänner 2020 führen die Warenverbringungen in das Konsignationslager nicht mehr zu einem innergemeinschaftlichen Verbringen. Dafür liegt nunmehr bei der Entnahme der Waren aus dem Konsignationslager eine innergemeinschaftliche Lieferung durch den Verkäufer vor. Bestimmte Meldungen und Eintragungen in ein Register sind erforderlich. Außerdem muss die Entnahme aus dem Konsignationslager innerhalb von 12 Monaten erfolgen, widrigenfalls ein innergemeinschaftliches Verbringen vorliegt.

Inneregemeinschaftliche Lieferungen

Ab 1. Jänner 2020 wurden die materiell-rechtlichen Voraussetzungen bezüglich Steuerfreiheit von innergemeinschaftlichen Lieferungen ausgeweitet: Für die Steuerbefreiung von innergemeinschaftlichen Lieferungen soll es neben den bisherigen **Voraussetzungen zusätzlich** notwendig sein, dass dem **Lieferer die Umsatz-**

steuer-Identifikationsnummer (UID) des Abnehmers, die von einem anderen Mitgliedstaat erteilt wurde, mitgeteilt wurde und der **Lieferer** seiner Verpflichtung zur **fristgerechten** Abgabe einer **Zusammenfassenden Meldung (ZM)** nachgekommen ist. Wird keine oder nur eine unvollständige oder unrichtige ZM für diese Lieferung abgegeben, ist die i.g. Lieferung **steuerpflichtig**. Die Steuerbefreiung kann aber gewährt werden, wenn das Versäumnis hinreichend begründet und die ZM entsprechend berichtigt wird. Wird die UID erst nachträglich mitgeteilt, ist eine Rechnungsberichtigung möglich. Der Erwerber muss dem Lieferanten aber nachweisen, dass er zum Zeitpunkt des Erwerbes Unternehmer war.

Daher muss ab dem Monat Jänner 2020 unbedingt auf die **fristgerechte** Einreichung der Zusammenfassenden Meldung bis zum Ablauf des folgenden Kalendermonats (für Jänner 2020 bis 29. Februar 2020) geachtet werden, widrigenfalls werden die i.g. Lieferungen umsatzsteuerpflichtig.

Aufzeichnungspflichten für Online-Plattformen und Marktplätze

Ab 1. Jänner 2020 wurden bestimmte Aufzeichnungspflichten für Online-Plattformen und Marktplätze (z.B. **Amazon und AirBnB**), die zwar nicht selbst Umsätze ausführen, aber Umsätze im Inland unterstützen bzw. vermitteln, eingeführt. Die Aufzeichnungspflichten wurden mit Verordnung des BMF im Detail festgelegt und umfassen die für die Abgabenerhebung relevanten Informationen.

Unterstützt eine Plattform die Vermietung von Grundstücken für Wohn- und Campingzwecke oder die Beherbergung in eingerichteten Wohn- und Schlafräumen, sind auch die Postadresse des Grundstücks, die Aufenthalts- bzw. Mietdauer und die Anzahl der Personen, die übernachten bzw. - falls nicht erhältlich - die Anzahl und Art der gebuchten Betten anzugeben.

Gleichzeitig mit den **Aufzeichnungspflichten** wurde auch eine **Haftung der Online-Plattformen und Marktplätze** für die mit den vermittelten Umsätzen einhergehende Umsatzsteuer normiert. Die Haftung wird schlagend, wenn die Plattform ihren Aufzeichnungs- und Meldeverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Die Meldungen der Plattformen haben über **FinanzOnline** entweder über ihren Parteienvertreter, über ihren eigenen Zugang oder über ein für diese Meldeverpflichtungen eigens eingerichtetes Onlineverfahren zu erfolgen.

1.6 Neuerungen in der Bundesabgabenordnung (BAO)

Mit dem Finanz-Organisationsreformgesetz (FORG) wurde nicht nur ein Bundesgesetz über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung (ABBG) normiert, sondern auch weite Teile der BAO geändert. Gleichzeitig wurde das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 außer Kraft gesetzt. Alle diese Änderungen treten erst mit 1. Juli 2020 in Kraft. Die wesentlichen Änderungen der BAO sind dabei Folgende:

Als **Behörden der Bundesfinanzverwaltung gelten künftig das BMF**, das Finanzamt Österreich, das Finanzamt für Großbetriebe, das Zollamt Österreich, das Amt für Betrugsbekämpfung und den Prüfdienst für lohnabhängige Abgaben und Beiträge. Das **Finanzamt für Großbetriebe** ist für **Betriebe** mit einem **Umsatz von mehr als EUR 10 Mio.** in den letzten zwei Jahresabschlüssen bzw. Steuererklärungen zuständig. Daneben werden u.a. Privatstiftungen, gemeinnützige Stiftungen und Fonds sowie gemeinnützige Bauvereinigungen dem Finanzamt für Großbetriebe zugeordnet. Ein Finanzamt oder auch ein Abgabepflichtiger kann eine Übertragung der Zuständigkeit auf

ein anderes Finanzamt (z.B. vom Finanzamt Österreich an das Finanzamt für Großbetriebe) verfügen bzw. beantragen, wenn z.B. wahrscheinlich ist, dass das andere Finanzamt zu einem späteren Zeitpunkt zuständig werden wird.

Unter anderem wurde auch die Möglichkeit zur **Weiterleitung** bestimmter von **Online-Plattformen** übermittelter Aufzeichnungen an die Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden zur Erhebung von Abgaben auf die Nichtigungen gesetzlich geregelt. Die Buchhaltungsagentur des Bundes wird verpflichtet, **Kontrollmitteilungen betreffend Gebühren von Sachverständigen** dem BMF auf elektronischem Weg zu übermitteln. Auszahlungen, die im Jahr 2019 stattgefunden haben, sind bis zum 30. Juni 2020 dem BMF nachzuliefern.

1.7 Änderungen im Finanzstrafgesetz

Finanzordnungswidrigkeiten nach dem EU-Meldepflichtgesetz

Werden die nach dem EU-MPfG vorgeschriebenen Meldungen vorsätzlich überhaupt nicht, nicht vollständig, nicht fristgerecht oder unrichtig erstattet, liegt ab 1. Juli 2020 eine Finanzordnungswidrigkeit vor, die mit Geldstrafe bis zu EUR 50.000 bestraft wird. Bei grob fahrlässiger Begehung beträgt die Höchststrafe EUR 25.000. Eine strafbefreiende Selbstanzeige nach § 29 FinStrG ist ausgeschlossen. Die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre.

Finanzordnungswidrigkeiten für Meldepflichtverletzungen von elektronischen Plattformen, Marktplätzen

Werden die nach § 18 Abs. 11 und 12 UStG vorgeschriebenen Pflichten zur Führung, Aufbewahrung oder Übermittlung von Aufzeichnungen vorsätzlich verletzt, wird dies ab 1. Jänner 2020 als Finanzordnungswidrigkeit mit maximal EUR 50.000 bestraft. Bei grob fahrlässiger Begehung beträgt die Höchststrafe ebenfalls EUR 25.000. Auch bei dieser Finanzordnungswidrigkeit beträgt die Verjährungsfrist drei Jahre.

2. Was ändert sich in der Lohnverrechnung 2020?

Mit Beginn jeden Jahres treten viele Neuerungen in der Lohnverrechnung oder bei der Arbeitnehmerveranlagung in Kraft. Die folgende **Zusammenstellung aller wichtiger Änderungen** soll Ihnen helfen, den Überblick zu bewahren.

2.1 Änderungen in der Sozialversicherung

Eine Übersicht über die aktuellen Sozialversicherungswerte finden Sie als **Beilage**. Hervorzuheben ist, dass ab 1. Jänner 2020 **der Zuschlag nach dem IESG** von 0,35 % **auf 0,20 % gesenkt** und **der Nachtschwerarbeitsbeitrag** von 3,40 % **auf 3,80 % angestiegen** ist.

Bei Zusammentreffen einer Pflichtversicherung nach dem ASVG und GSVG/BSVG ist ab 1. Jänner 2020 die **Differenzvorschreibung von Amts wegen** vorzunehmen, wenn vorhersehbar ist, dass die Beitragsgrundlagen die Höchstbeitragsgrundlagen überschreiten werden. Auch eine allfällige **Beitragsrückerstattung** wegen Überschreitens der Höchstbeitragsgrundlagen ist nunmehr **von Amts wegen** bis zum 30. Juni des Folgejahres durchzuführen.

2.2 Sachbezugswerte für Dienstwohnungen ab 1. Jänner 2020

EUR/m ²	Bgld.	Kärnten	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien
ab 2020	5,30	6,80	5,96	6,29	8,03	8,02	7,09	8,92	5,81
bis 2019	5,09	6,53	5,72	6,05	7,71	7,70	6,81	8,57	5,58

2.3 Privatnutzung des arbeitgebereigenen KFZ oder Fahrrads

Bei der Berechnung der Anschaffungskosten von KFZ sind folgende Änderungen ab 1. Jänner 2020 zu beachten:

- Bei **Vorfühkraftfahrzeugen**, die ein KFZ-Händler seinen Arbeitnehmern zur privaten Verwendung überlässt, sind die **um 15 %** (bisher 20 %) **erhöhten tatsächlichen Anschaffungskosten** zuzüglich Umsatzsteuer und Normverbrauchsabgabe für die Berechnung des Sachbezugswertes anzusetzen (gilt für Neuzulassungen ab dem 1. Jänner 2020).
- **Kostenbeiträge des Arbeitnehmers mindern den Sachbezugswert** wie folgt: In der geänderten Sachbezugswerte-Verordnung ist nunmehr (mit Wirkung ab 1. November 2019) eine ausdrückliche Regelung enthalten, die die bisherige Ansicht der Finanzverwaltung, wonach **laufende Kostenbeiträge** des Arbeitnehmers **vor Berücksichtigung der Sachbezugshöchstbeträge** abzuziehen sind, festschreibt. Damit reagiert die Finanzverwaltung auf eine Entscheidung des BFG, die eine für den Steuerpflichtigen günstigere Lösung vorsah, nämlich das laufende Kostenbeiträge des Dienstnehmers auch dann, wenn die Anschaffungskosten des PKW EUR 48.000 übersteigen, erst vom höchstmöglichen Sachbezugswert abzuziehen sind. Gegen die Entscheidung des BFG wurde Amtsrevision eingebracht.

Einmalkostenbeiträge sind wie bisher zuerst von den tatsächlichen Anschaffungskosten abzuziehen, davon ist dann der Sachbezugswert zu berechnen (1,5 % oder 2 %) und erst dann ist der Maximalbetrag zu berücksichtigen.

Sachbezug	Fahrzeugtyp	CO ₂ -Wert im Zeitpunkt der Erstzulassung		EUR max. p.m.
		nach NEFZ	NEU: nach WLTP	
2 %	alle PKW und Hybridfahrzeuge	über 118 g/km	über 141 g/km	EUR 960
1,5 %	ökologische PKW und Hybridfahrzeuge	Bei Erstzulassung bis 2016: bis 130 g/km 2017: bis 127 g/km 2018: bis 124 g/km 2019: bis 121 g/km 31. März 2020: bis 118 g/km	Bei Erstzulassung ab 1. April 2020: bis 141 g/km 2021: bis 138 g/km 2022: bis 135 g/km 2023: bis 132 g/km 2024: bis 129 g/km 2025: bis 126 g/km	EUR 720
0 %	Elektroautos	0 g/km	0 g/km	EUR 0
0 %	E-Bikes	0 g/km	0 g/km	EUR 0

- Die Einstufung nach den CO₂-Emissions-Grenzwerten bis zum 31. März 2020 und nach den neuen **WLTP-Werten ab dem 1. April 2020** sind obiger Tabelle zu entnehmen. Dieser **Sachbezugswert** gilt für das jeweilige KFZ auch in den Folgejahren. Die Werte gelten für KFZ, Hybridfahrzeuge und Krafträder und sind im Zulassungsschein auszuweisen. Für „auslaufende Serien“ bleibt die „alte“ NEFZ-Werte Regelung aufrecht.
- Aus ökologischen Erwägungen ist - wie bei den Elektroautos - **kein Sachbezug** anzusetzen, wenn der Arbeitgeber **Fahrräder** und elektrisch angetriebene Krafträder wie Motorfahrrad, Motorrad mit Beiwagen, Quad, **E-Fahrrad** und Selbstbalance-Roller zur Privatnutzung zur Verfügung stellt.

2.4 Tarifbestimmungen

Der Familienbonus Plus steht einem unbeschränkt Steuerpflichtigen zu, solange für ein Kind Familienbeihilfe bezogen wird. Anspruchsberechtigt sind der Familienbeihilfenberechtigte und der (Ehe-)Partner (sofern die Lebensgemeinschaft mehr als sechs Monate im Jahr besteht). Neu ist, dass die Mindestfrist von sechs Monaten nicht gilt, wenn dem (Ehe-)Partner in den restlichen Monaten des Kalenderjahres, in denen keine Lebensgemeinschaft mehr besteht, der Unterhaltsabsetzbetrag zusteht. Dies gilt bereits rückwirkend ab dem Kalenderjahr 2019. Für besondere Fälle und bei einer 90 % zu 10 % - Aufteilung gibt es ein eigenes Formular L1k-bF.

Zuschläge zu Absetzbeträgen / Negativsteuer

Ab heuer wird ein Zuschlag zum (erhöhten) **Verkehrsabsetzbetrag** von **bis zu EUR 300** gewährt. Bis zu einem Einkommen von EUR 15.500 im Kalenderjahr wirkt sich der Zuschlag zur Gänze aus. Bei einem Einkommen zwischen EUR 15.500 und EUR 21.500 wird der Zuschlag gleichmäßig auf null eingeschliffen. Für Pensionisten wird der (erhöhte) **Pensionistenabsetzbetrag um EUR 200** erhöht und beträgt künftig EUR 600 bzw. EUR 964. Um Rückforderungen bei mehreren Dienstverhältnissen zu vermeiden, wird der Zuschlag im Rahmen der Veranlagung berücksichtigt.

Die **Rückvergütung von Sozialversicherungsbeiträgen** (SV-Rückerstattung) - oft mit dem Schlagwort „Negativsteuer“ bezeichnet - bringt aktiven Arbeitnehmern **50 % der SV-Beiträge maximal EUR 400** oder bei Anspruch auf das Pendlerpauschale (PP) maximal EUR 500. Dieser Betrag erhöht sich **um bis zu EUR 300** bei Vorliegen der Voraussetzungen für den erhöhten Verkehrsabsetzbetrag. Somit können insgesamt bis zu EUR 700 (bzw. EUR 800 mit PP) rückerstattet werden.

Für **Pensionisten** sind **75 %** (bisher 50 %) **der SV-Beiträge, maximal EUR 300** (bisher EUR 110) zu erstatten.

Aufrollung Jahressechstel

Für Lohnzahlungszeiträume nach dem 31. Dezember 2019 gilt Folgendes: Werden im laufenden Kalenderjahr 2020 insgesamt **mehr als ein Sechstel der zugeflossenen laufenden Bezüge** mit dem festen Steuersatz begünstigt versteuert, muss der Arbeitgeber bei **Auszahlung des letzten laufenden Bezuges** im Kalenderjahr (Dezember oder im Beendigungsmonat) die übersteigenden Beträge durch **Aufrollung** nach Tarif versteuern. Ausnahmen bestehen lediglich im Falle einer unterjährigen Elternkarenz. Das BMF hat dazu kürzlich eine umfassende Info zu Fragen in Zusammenhang mit der Berechnung des **„Kontrollsechstels“** veröffentlicht.

Pendlerrechner

Zur Berücksichtigung des Pendlerpauschales ist die Vorlage eines Ausdruckes (oder elektronisch) des Pendlerrechners (L 34 EDV) erforderlich. Der im Pendlerrechner abgefragte Tag muss repräsentativ sein und nicht an einem Tag, wo der Dienstnehmer grundsätzlich nicht arbeitet (z.B. Wochenende).

2.5 Außergewöhnliche Belastung

- Begräbniskosten können als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden. Bundeseinheitlich betragen die **Kosten für ein würdiges Begräbnis (inklusive Grabmal)** erfahrungsgemäß **insgesamt höchstens EUR 10.000** (bisher EUR 5.000). Dabei sind das Nachlassvermögen, Versicherungsleistungen und freiwillige Kostenbeiträge des Arbeitgebers vorher in Abzug zu bringen.
- Bei der Berücksichtigung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung ist Folgendes zu beachten: **Aufzahlungen für die Sonderklasse** bei Krankenhausaufenthalten sollen nur mehr denn absetzbar sein, wenn triftige medizinische Gründe vorliegen. Bei Anspruch eines Behindertenabsetzbetrages können **Krankheitskosten**, welche als **unmittelbare Folge aus einer Behinderung** vorliegen, sogar **ohne Selbstbehalt** berücksichtigt werden.

2.6 Nützliche Übersicht von Lohnverrechnungswerten

Pendlerpauschale (PP) gilt unverändert

Entfernung	kleines Pendlerpauschale		großes Pendlerpauschale	
	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
2 km - 20 km	entfällt	entfällt	372	31
20 km - 40 km	696	58	1.476	123
40 km - 60 km	1.356	113	2.568	214
über 60 km	2.016	168	3.672	306

Pendlereuro: pro Kilometer einfacher Fahrtstrecke bei Anspruch auf Pendlerpauschale: **EUR 2.**

Anzahl Fahrten / Monat zum Arbeitsplatz	4 bis 7 Tage	8 bis 10 Tage	> 11 Tage
aliquoter Anspruch auf Pendlerpauschale	1/3	2/3	3/3

Wird dem **Arbeitnehmer ein Dienstauto** zur Verfügung gestellt und dessen Privatnutzung als Sachbezug versteuert, steht **kein Pendlerpauschale** zu.

Dienstreise

Taggeld - Inland	Dauer > 3 Std bis 12 Std aliquot ein Zwölftel	EUR 26
Nächtigungsgeld - Inland	pauschal anstelle Beleg für Übernachtung	EUR 15

Km-Geld PKW / Kombi	Km-Geld Mitbeförderung	Km-Geld Motorrad	Km-Geld Fahrrad
EUR 0,42	EUR 0,05	EUR 0,24	EUR 0,38

2.7 Sonstige Neuerungen

- Für **beschränkt steuerpflichtige Personen** besteht ein **Pflichtveranlagungstatbestand**, wenn zumindest zwei Dienstverhältnisse vorliegen.
- Die Steuerbefreiung für Ausgleichszulagen entfällt.
- Die im Jahr eingeführte Steuerbefreiung für geringfügig beschäftigte **Aushilfskräfte** ist mit Ende 2019 ausgelaufen.
- **Ausländische Arbeitgeber** ohne Betriebsstätte in Österreich müssen für unbeschränkt steuerpflichtige Dienstnehmer für die von diesen in Österreich ausgeübte Tätigkeit **Lohnsteuer einbehalten** und derzeit an das Finanzamt Graz-Stadt abführen.

3. Wichtige Termine für Februar und März

15. Februar 2020:

Registrierkassa

Bis zum 15. Februar 2020 muss der **Jahresendbeleg 2019** (= Dezember Monatsbeleg) mittels Belegcheck-App und individuellem Authentifizierungscode geprüft werden. Mit Erscheinen des grünen Häkchens ist die Ordnungsmäßigkeit dokumentiert und auf FinanzOnline zu sehen.

29. Februar 2020:

Einreichung Jahreslohnzettel und weiterer Meldungen für Zahlungen 2019

Unternehmer müssen neben den **Jahreslohnzetteln 2019** (Formular L 16) für ihre Dienstnehmer auch Zahlungen an andere Personen für bestimmte Leistungen, die außerhalb eines Dienstverhältnisses gezahlt werden, elektronisch über ELDA (www.elda.at) melden. Die Übermittlung für Großarbeitgeber über ÖSTAT (Statistik Austria) ist ab 2020 nicht mehr möglich. Das sind die Meldungen gem. §§ 109 a und b EStG.

- Eine **Meldung nach § 109a EStG** (z.B.: Aufsichtsräte, Stiftungsvorstände, **Vortragende** oder Leistungen im Rahmen eines **freien Dienstverhältnisses**) kann unterbleiben, wenn das Gesamtentgelt (inkl. Reisekostenersätze) für ein Kalenderjahr netto nicht mehr als EUR 900 / Person bzw. Personenvereinigung beträgt. Das Entgelt für jede **einzelne Leistung** darf **EUR 450** nicht übersteigen.
- Mitteilungen bei **Auslandszahlungen gem. § 109b EStG** (Formular E 109b) betreffen Zahlungen ins Ausland für Leistungen aus selbständiger Arbeit, die im Inland ausgeübt wurden. Weiters sind Zahlungen bei Vermittlungsleistungen, die von unbeschränkt Steuerpflichtigen erbracht werden oder sich auf das Inland beziehen, sowie bei kaufmännischer und technischer Beratung im Inland (z.B. Konsulententätigkeit) zu melden. Diese Regelung zielt auf die Erfassung von Zahlungen ab, unabhängig davon, ob an unbeschränkt oder beschränkt Steuerpflichtige bzw. ob eine Freistellung durch ein DBA vorliegt. Die Mitteilung kann unterbleiben, wenn die Zahlung an den einzelnen ausländischen Leistungserbringer EUR 100.000 nicht übersteigt, ein Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen erfolgte oder die Zahlung an eine ausländische Körperschaft geleistet wurde, die einem zumindest 15%igen-Steuersatz unterliegt. Bei vorsätzlicher Nichterfüllung droht eine Geldstrafe von bis zu 10 % des zu meldenden Betrags.

Meldungen für den Sonderausgabenabzug von Spenden, Kirchen- und Pensionsversicherungsbeiträgen

Um die automatische Erfassung als Sonderausgabe in den Steuererklärungen bzw. Arbeitnehmerveranlagungen zu erlangen, sind **bis zum 29. Februar 2020** Zahlungen des Jahrs 2019 durch die Empfängerorganisation an das Finanzamt zu melden. Dies betrifft nur **Organisationen** mit fester örtlicher Einrichtung im **Inland**. Spender, die ihre Identifikationsdaten (Vorname und Zuname lt. Meldezettel und Geburtsdatum) bei der Einzahlung bekannt geben, stimmen grundsätzlich der Datenübermittlung zu. Auf Basis dieser Identifikationsdaten muss dann von der Spendenorganisation das verschlüsselte bereichsspezifische Personenkennzeichen für Steuern und Abgaben (vbPK-SA) elektronisch übermittelt werden.

31. März 2020:

Einreichung der **Jahreserklärungen 2019** für **Kommunalsteuer und Dienstgeberabgabe** (Wiener U-Bahnsteuer).

4. Sozialversicherungswerte für 2020

Dienstnehmer (ASVG)

Höchstbeitragsgrundlage in EUR	jährlich	monatlich	täglich
laufende Bezüge	---	5.370	179
Sonderzahlungen ¹⁾	10.740	---	---
Freie Dienstnehmer ohne Sonderzahlungen	---	6.265	---
Geringfügigkeitsgrenze	---	460	

Beitragsätze je Beitragsgruppe	gesamt	Dienstgeber-Anteil	Dienstnehmer-Anteil
Arbeiter / Angestellte			
Unfallversicherung	1,20 %	³⁾ 1,20 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,78 %	3,87 %
Pensionsversicherung	⁶⁾ 22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	7,70 %	3,70 %	²⁾ 4,00 %
Gesamt	39,35 %	21,23 %	18,12 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Freie Dienstnehmer			
Unfallversicherung	1,20 %	³⁾ 1,20 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,78 %	3,87 %
Pensionsversicherung	⁶⁾ 22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	6,70 %	3,20 %	²⁾ 3,50 %
Gesamt	38,35 %	20,73 %	17,62 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Auflösungsabgabe	Letztmalig im Jahr 2019		
bei DG-Kündigung / einvernehmlicher Auflösung		----	----
Pensionisten			
Krankenversicherung = gesamt	5,10 %		5,10 %
Geringfügig Beschäftigte		bei Überschreiten der 1,5-fachen Geringfügigkeitsgrenze i.H.v. EUR 690,99 ⁴⁾	bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze aus mehreren Dienstverhältnissen ⁵⁾
Arbeiter / Angestellte / Freie Dienstnehmer		17,60 %	14,12 %
BV-Beitrag („Abfertigung neu“)		1,53 %	---
Selbstversicherung (Opting In)			EUR 65,03 p.m.

- 1) Für Sonderzahlungen verringern sich die Beitragsätze bei Arbeitern und Angestellten um 1 % (DN-Anteil) bzw. 0,5 % (DG-Anteil), bei freien Dienstnehmern nur der DN-Anteil um 0,5 %.
- 2) Der 3%ige Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV) beträgt für Dienstnehmer mit einem Monatsbezug bis EUR 1.733, über EUR 1.733 bis EUR 1.891: 1 % und über EUR 1.891 bis EUR 2.049: 2 %.
- 3) entfällt bei über 60-jährigen Beschäftigten
- 4) UV 1,2 % (entfällt bei über 60-jährigen geringfügig Beschäftigten) zuzüglich pauschale Dienstgeberabgabe 16,4 %
- 5) zuzüglich 0,5 % Arbeiterkammerumlage
- 6) Der Beitragsatz zur Pension halbiert sich für Dienstnehmer, die bereits Anspruch auf Alterspension haben, diese aber nicht beanspruchen. Die Halbierung erfolgt bei Frauen zwischen dem 60. und 63. Lj., bei Männern zwischen 65. und 68. Lj.

Höchstbeiträge (ohne BV-Beitrag) in EUR	gesamt	Dienstgeber	Dienstnehmer
Arbeiter/Angestellte			
- monatlich	2.113,09	1.140,05	973,04
- jährlich (inklusive Sonderzahlungen)	29.422,17	15.907,00	13.515,17
Freie Dienstnehmer			
- monatlich	2.402,62	1.298,73	1.103,89
- jährlich (ohne Sonderzahlungen)	28.831,44	15.584,76	13.246,68

Sozialversicherungswerte für 2020

Gewerbetreibende / sonstige Selbständige (Gsvg / Fsvg)

Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen in EUR	vorläufige und endgültige Mindestbeitragsgrundlage		vorläufige und endgültige Höchstbeitragsgrundlage	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. bis 2. Jahr - KV ¹⁾	460,66	5.527,92	-----	-----
Neuzugänger im 1. bis 2. Jahr - PV	574,36	6.892,32	6.265,00	75.180,00
ab dem 3. Jahr - in der KV	460,66	5.527,92	6.265,00	75.180,00
ab dem 3. Jahr - in der PV	574,36	6.892,32	6.265,00	75.180,00
Sonstige Selbständige mit oder ohne andere Einkünften ²⁾	460,66	5.527,92	6.265,00	75.180,00

¹⁾ Wenn innerhalb der letzten 120 Kalendermonate keine Kranken- bzw. Pensionsversicherung in der GSVG bestanden hat, bleibt die Beitragsgrundlage i.H.v. EUR 460,66 p.m. fix, d.h. es erfolgt keine Nachbemessung.

²⁾ Die große Versicherungsgrenze, wenn keine Nebentätigkeit ausgeübt wird, entfällt seit 2016.

Berechnung der vorläufigen monatlichen Beitragsgrundlage:
(bis zum Vorliegen des Steuerbescheides für 2020):

Einkünfte aus versicherungspflichtiger Tätigkeit lt. Steuerbescheid 2017 + in 2017 vorgeschriebene KV- und PV-Beiträge = Summe x 1,082 (Inflationsbereinigung) : Anzahl der Pflichtversicherungsmonate
--

Beitragsätze	Gewerbetreibende	FSVG	Sonstige Selbständige
Unfallversicherung pro Monat	EUR 10,09	EUR 10,09	EUR 10,09
Krankenversicherung	6,80 %	---	6,80 %
Pensionsversicherung	³⁾ 18,50 %	³⁾ 20,0 %	³⁾ 18,50 %
Gesamt	25,30 %	20,0 %	25,30 %
BV-Beitrag (bis Beitragsgrundlage)	1,53 %	freiwillig	1,53 %

³⁾ Der Beitragssatz zur Pension halbiert sich für Personen, die bereits Anspruch auf Alterspension haben, diese aber nicht beanspruchen. Die Halbierung erfolgt bei Frauen zwischen dem 60. und 63. Lj, bei Männern zwischen 65. und 68. Lj.

Mindest- und Höchstbeiträge in Absolutbeträgen (inkl. UV) in EUR (ohne BV-Beitrag)	vorläufige Mindestbeiträge		vorläufige und endgültige Höchstbeiträge	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. und 2. Jahr ¹⁾	147,67	1.772,04	1.200,44	14.405,28
ab dem 3. Jahr	147,67	1.772,04	1.595,14	19.141,68
Sonstige Selbständige mit oder ohne andere Einkünfte	126,63	1.519,56	1.595,14	19.141,68

Kammerumlage 2 - Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag

Steiermark	Burgenland	Salzburg	Tirol	NÖ	Wien	Kärnten	Vorarlberg	OÖ
0,37 %	0,42 %	0,39 %	0,41 %	0,38 %	0,38 %	0,39 %	0,37 %	0,34 %

Ausgleichstaxe 2020

Dienstgeber sind nach dem Behinderteneinstellungsgesetz verpflichtet, auf je 25 Dienstnehmer mindestens einen begünstigten Behinderten einzustellen oder eine Ausgleichstaxe zu bezahlen. Diese beträgt für jeden begünstigten Behinderten, der zu beschäftigen wäre:

bei	25 bis 99 Dienstnehmer	100 bis 399 Dienstnehmer	ab 400 Dienstnehmer
p.m. / pro 25 DN	EUR 267	EUR 375	EUR 398

5. E-Zustellung mit 1. Jänner 2020

E-Zustellung tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft - was ist zu tun?

Die Digitalisierung durchdringt immer mehr Bereiche unseres täglichen Lebens. Ab 1. Jänner 2020 sind **Unternehmen** verpflichtet, an der **elektronischen Zustellung** teilzunehmen. Dafür benötigen sie ein elektronisches Postfach - „**MeinPostkorb**“ - ein zentrales und sicheres Postfach für behördliche Schriftstücke (z.B. von Gerichten und Verwaltungsbehörden im Rahmen der Hoheitsverwaltung). Was ist zu tun, um in Zukunft für elektronische Schriftstücke von Behörden empfangsbereit zu sein?

Langt ein elektronisches Dokument im Postfach ein, erhalten Sie eine Nachricht per E-Mail. Sie können nun das Dokument herunterladen, ansehen, weiterleiten, drucken und archivieren. Jeder Unternehmer findet sein Postfach auf dem **Unternehmerserviceportal (USP)** unter www.usp.gv.at.

Was ist zu tun, um das elektronische Postfach zu aktivieren?

- Die Aktivierung einer Bürgerkarte bzw. **Handy-Signatur** ist entweder persönlich bei einer Registrierungsstelle (z.B. Bezirksamt, Finanzamt) oder über FinanzOnline möglich.
- Eine **Registrierung am USP** kann entweder mit der Handy-Signatur/Bürgerkarte, über einen bestehenden FinanzOnline-Zugang oder über das Finanzamt erfolgen. Dabei ist der USP-Administrator zu benennen.
- Nach erfolgter Anmeldung im USP mittels Handy-Signatur/Bürgerkarte erfolgt die **Registrierung zur elektronischen Zustellung unter „Mein Postkorb“** und die Freischaltung durch Hinterlegung einer **E-Mail-Adresse**, an die künftig eine Verständigung über den Eingang neuer Nachrichten geschickt wird.
- Damit die E-Post abgeholt werden kann, muss zumindest ein Anwender als Postbevollmächtigter hinterlegt werden. Der USP-Administrator kann auch andere Personen (z.B. Mitarbeiter) als Postbevollmächtigte anlegen.

Erledigungen der Finanzbehörde gem. BAO werden weiterhin **in FinanzOnline zugestellt und zusätzlich** zur Information über „**MeinPostkorb**“ **angezeigt**.

Ausgenommen von der verpflichtenden E-Zustellung sind Kleinunternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes, die von der **Kleinunternehmerregelung** (Umsatzgrenze EUR 35.000 netto ab 2020) Gebrauch machen, und jene Unternehmen, die nicht über die dazu erforderlichen technischen Voraussetzungen (internetfähige Hardware und Internetzugang) verfügen.

Privatpersonen haben ein Wahlrecht und können als zusätzlichen Service neben der Papierzustellung auch eine elektronische Zustellung wählen. Sie sind berechtigt, mit Gerichten und Verwaltungsbehörden für jene Angelegenheiten, die in der Gesetzgebung Bundessache sind (z.B. Meldebestätigung, Strafregisterauszug, RSa- und RSb-Briefe), elektronisch zu verkehren. Jedem Privaten steht ein elektronisches Postfach „**MeinPostkorb**“ am **Bürgerserviceportal HELP.gv.at** zur Verfügung.